

## Es braucht mehr Schweizer Demokraten



Adrian Pulver,  
Nationalrats-  
kandidat,  
SD-Zentral-  
sekretär, Bern

Am 18. Oktober 2015 wählt das Schweizer Volk ein neues Parlament. Die nächsten vier Jahre werden gewichtige Entscheide mit existenzieller Auswirkung hervorbringen. Im Vordergrund steht dabei die Beziehung zwischen der Schweiz und der Europäischen Union (EU). Zurzeit befinden wir uns mitten in einer höchst turbulenten und zukunftsweisenden Weltlage, sodass der eigentliche Wahlkampf fast ein wenig vergessen geht. **Täglich ertönen Berichte über die Entwicklung der nahenden Flüchtlingsströme, welche ganz Europa und seine Politik gnadenlos überrollen.** 60 Millionen

POSTCODE

AZB 3001 Bern

Menschen sind weltweit auf der Suche nach einer gesicherten Zukunft. Sie lassen sich auf ihren Wegen durch nichts und niemanden aufhalten. Sogar die unmittelbare Gefahr an Leib und Leben klammern sie vollends aus, was nicht selten ein tragisches Ende nimmt. Die Meinungen zum Umgang mit diesen Menschenmassen gehen weit auseinander, wobei bereits die Quantität dieses Ansturms kaum koordinierte Lösungsansätze,

geschweige denn einen europaweit zufriedenstellenden Konsens, ermöglicht. Die beabsichtigte Verwendung eines Verteilschlüssels widerlegt diese Tatsache nicht, **zumal die grossen EU-Staaten diesen Vorschlag in gewohnter Manier von oben herab diktieren.** Überhaupt ist diese Situation für die EU von schicksalsträchtiger Bedeutung. Nicht zuletzt fielen in der Geschichte der Menschheit alle entstandenen Superstaaten eines Tages wieder in sich zusammen. Dies beweist unter anderem, **dass ein menschliches Individuum seine Identität im Kleinen, in der Gemeinde oder höchstens in einem staatlichen Verbund, wahrnimmt.** Der europäische Kontinent könnte selbst in der Form eines Bundesstaates niemals ein identitätsstiftendes Gebilde sein und eine Union noch weniger. **Lediglich ein starkes nationales Gefüge gibt seiner Gesellschaft die nötige Geborgenheit. Auch sollte die politische Führung eines Landes die Ansichten des Volkes, des sogenannten Souveräns, widerspiegeln.** Für die Schweiz trifft jedoch diese Aussage immer weniger zu. Die zu Ende gehende Legislaturperiode beweist leider diese Entwicklung.

### Mangelnde Umsetzung von Volksinitiativen

Mitte 2014 sagte das Stimmvolk Ja zur Volksinitiative «Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen». Zum dritten Mal ergab sich ein Volksvotum zugunsten einer restriktiveren Handhabung des Strafrechts, wobei der Bundesrat jeweils die Nein-Parole empfohlen hatte. Nun zweifelte plötzlich die amtierende Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga an einer verfassungsmässig legitimen Umsetzung der Vorlage, **sodass auf einmal wieder die angebliche Verhältnismässigkeit ins Feld geführt wurde.** Ein endgültiges Berufsverbot hätte allenfalls eine zu einschneidende Wirkung

### Nationalratswahlen vom 18. Oktober 2015

#### SD-Listen

- Bern, Liste 23
- Luzern, Liste 22
- St. Gallen, Liste 22
- Zürich, Liste 10
- Vaud/Waadt, Liste 11

Bitte leere Linien leer lassen.

Die SD-Liste immer unverändert wählen. In Kantonen, wo wir keine eigene Liste haben, bitte nur einzelne Kandidierende anderer Parteien wählen – keine ganzen Listen anderer Parteien!  
Vielen Dank für die Unterstützung.

SD-Parteileitung

auf den Täter und wäre bezüglich seiner zukünftigen Lebensqualität verheerend. **Allfällige gesundheitliche Folgen für das Opfer spielten für Sommaruga offenbar eine untergeordnete Rolle.** Diese schrittweise Missachtung eines Volksentscheides könnte offensichtlich nicht sein. Ein weiteres Beispiel stellt die Volksinitiative «Für die Ausschaffung krimineller Ausländer» dar. Das Volk bestätigte das Begehren und zog dieses dem damals ebenfalls zur Abstimmung vorliegenden direkten Gegenvorschlag vor. In der vielschichtigen Diskussion stellte sich vor allem die Frage nach den exakten Bedin-

gungen für eine Ausweisung. Bereits in den Folgewochen des Urnengangs deuteten etliche politische Vertreter die fehlende Vereinbarkeit mit den Grundprinzipien der Verfassung an. **Diese Haltung verursachte dann die Schubladisierung der aus Sicht der gesetzausführenden Behörden unbequemeren Forderung. Es folgte die Lancierung der sogenannten Durchsetzungsinitiative, welche eine Konkretisierung des ursprünglichen Initiativtextes beinhaltete.** Danach folgten entsprechende Parlamentsdebatten.

Fortsetzung Seite 2

### Spendenaufuf – Nationalratswahlen 2015

#### Liebe Gesinnungsfreunde

Die Schweizer Demokraten (SD) befürworten als einzige Partei eine wirkliche restriktive Beschränkung der Zuwanderung und sprechen sich auch für den Erhalt von Kulturland und eine Begrenzung der Bauzonen aus. Die Notwendigkeit unserer Partei nimmt nicht zuletzt aufgrund der aktuellen Ereignisse (Asylwesen) weiter zu. Deshalb möchten wir unsere politischen Ziele der Bevölkerung möglichst grossflächig unterbreiten, sodass die SD auch wieder im Nationalrat Einfluss nehmen können. Das hierfür benötigte Werbematerial hat die Parteikasse jedoch arg beansprucht. Somit sind wir auf Ihre wertvolle Unterstützung angewiesen. Dank Ihrer Hilfe werden die SD auch zukünftige Geschäfte erfolgreich angehen. Nur gemeinsam sind wir stark! Wir danken Ihnen zum Voraus bestens.

Ihre SD-Parteileitung

**Es braucht mehr Schweizer Demokraten...**

Fortsetzung von Seite 1

**Ein Ringen um Ausschaffungsbedingungen brachte letztlich eine von den Initianten nicht vorgesehene Härtefallklausel hervor, worauf der ursprüngliche Volkswille definitiv nur noch sekundär war.**

Sozialdemokratische, grüne und bürgerlich-liberale Parlamentarier setzten sich durch. Um den gefällten Volksbeschluss doch noch zu retten, wollen sich die Schweizer Demokraten (SD) bei der nächsten Volksabstimmung mit ganzer Kraft für eine Annahme der Durchsetzungsinitiative einsetzen. Noch perfider ging es in Sachen Umsetzung der Zweitwohnungsinitiative zu und her. Die SVP als vehemente Gegnerin der Initiative schmiedete ein Kompromiss mit Vera Weber (Tochter von Franz Weber) von Helvetia Nostra. Darin hat man das von den Räten geschaffene Flickwerk mit zahlreichen Ausnahmen zwar etwas entwirrt, was aber nicht darüber hinwegtäuscht, dass Helvetia Nostra Zugeständnisse zu Lasten des Volksentscheids gemacht hatte und im Weiteren auf ein Referendum verzichtete.

**Die SD fordern eine strikte Befolgung der im Initiativtext verlangten 20%-Quote und innerhalb dieser Regelung entgegen sämtlichen bürgerlichen Parteien einen ausnahmslosen Baustopp für Zweitwohnungen.**

Unter anderem bleibt nämlich beispielsweise mit dem neuen Gesetz der Bau von Zweitwohnungen durch Hotelbetreiber zur Querfinanzierung ihrer Betriebe erlaubt.

**Verbetonierung stoppen**

Quantitativer Wachstumswucher muss insbesondere in den Berggebieten einer nachhaltigen sanften Entwicklung weichen. Ansonsten verschwindet der Landwirtschaftssektor allmählich aus diesen Gemeinden und erschwert eine betriebswirtschaftliche Diversifizierung. Zum anderen vertreiben die mancherorts sehr hohen Mietkosten die einheimische Bevölkerung ohne touristische Tätigkeit in urbanes Gebiet. Die wahre Anziehungskraft liegt in der natürlichen Landschaft und weniger in der dazugehörenden Infrastruktur (repräsentative These vom Tourismus-Monitor Schweiz). Dabei schützen Regulierungen Kulturland und Lebensräume.

Deshalb sollte als weitere Massnahme der grenzenlose Steuerwettbewerb mittels Plafonierung der Steuersätze eingedämmt werden. Die momentane Gesetzgebung dient le-

diglich neuen Einzonungen und spielt ausserdem einkommensstarke und einkommensschwache Bürger gegeneinander aus. Ein vergleichbares Instrument ist die Pauschalbesteuerung besonders vermögiger Ausländer. Diese «Geschenke» würden gemäss den Befürwortern der Aufwandsbesteuerung einen allgemein tieferen und wettbewerbsfähigeren Steuersatz erlauben. **Einzelne alpine Gemeinden wollen dadurch vor allem ihr lokales Wirtschaftswachstum beschleunigen.**

**Schweizer Bürger mit identischen steuerbaren Vermögen besitzen keine Möglichkeit einer Pauschalbesteuerung und bezahlen ein Mehrfaches.**

Man muss sich vorstellen, die angeblich patriotische SVP verteidigt diese Privilegien, eine offensichtliche systematische Bevorzugung ausländischer Bürger. Wer Geld bringt, ist nützlich und willkommen, welche scheussliche Mentalität! Diese Haltung hat einen zutiefst widersprüchlichen Charakter. Letztlich unterstützten die Schweizer Demokraten (SD) das vom Stimmvolk gutgeheissene Raumplanungsgesetz. Pro Sekunde wird ein Quadratmeter Land überbaut. Eine Mehrwertabgabe von 20% erhöht die Hürden zur Schaffung neuer Baufläche und gleicht aber den Verlust für den Eigentümer bei der Auszonung von Bauland aus.

**Wo bleibt die Zuwanderungsbeschränkung?!**

Das Jahr 2014 stand im Zeichen der Einwanderung. Historisch war das Signal des Schweizer Volkes für eine Begrenzung der Zuwanderung, unabhängig vom knappen Resultat von 50,3%. Tatsächlich obsiegte eine politische Minderheit gegen die gesamte «classe politique». Und schon befindet man sich wieder in der Diskussion über die Umsetzung eines Volksentscheides. Die Masseneinwanderungsinitiative verlangt Zuwanderungskontingente, welche von der EU zu akzeptieren wären. Anstatt zu konstatieren, dass der Bundesrat die Rettung der bilateralen Verträge höher gewichtet, sollte vielmehr auf jegliche Verhandlungen verzichtet werden.

**Die SD verlangen die ersatzlose Kündigung des betroffenen Personenfreizügigkeitsabkommens. Hauptsächlich aufgrund dieser Vereinbarung beläuft sich das jährliche Bevölkerungswachstum auf etwa 80'000 Personen.**

Eine solche Substanz erfordert aber unbedingt zusätzliche Steuermechanismen, zum Beispiel eine fixe Obergrenze. In der Tat hatte das Stimmvolk nebst der SVP-Initiative

eine reelle Chance, einen solchen Vorschlag zu verwirklichen. Am 30. November 2015 war es soweit: Die Abstimmung über die Volksinitiative «Stopp der Überbevölkerung – zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen» fand statt. Das Begehren bezeichnete man in der Regel nach seinem Schöpfer, der Institution Ecopop, also Ecopop-Initiative. Diesmal resultierte jedoch eine deutliche Ablehnung von 74,1%. **Wiederum bekämpfte die gesamte Elite aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft die Vorlage, doch bekam sie Schützenhilfe von der Initiantin der Masseneinwanderungsinitiative, der SVP.**

**Als schweizweit einzige Partei engagierten sich die Schweizer Demokraten (SD) für die Ecopop-Initiative mit der Forderung eines Bevölkerungswachstums von höchstens 0,2%, jährlich etwa 16'000 Personen.**

Nicht zuletzt deshalb braucht es bei den bevorstehenden eidgenössischen Wahlen mehr SD. Die SVP, in der Regel Verbündete in den Ausländerfragen, wechselte ins gegnerische Lager. Einzelne Exponenten verhielten sich äusserst aktiv, so die Zürcher Nationalrätin Natalie Rickli. **Fraktionskollege Roland Rino Büchel benutzte sogar den verbalen Zweihänder und bezeichnete die Ecopop-Verantwortlichen, man höre und staune, als «Birkenstock-Rassisten».** Was soll man denn davon halten?! Ob wir nicht plötzlich vollends mit leeren Händen dastehen, ist zurzeit unklar. Man nennt es auch «die historische Schande der Schweizer Demokratie».

**Die herrschende Klasse will mit ihrer Rasa-Initiative die Masseneinwanderungsinitiative rückgängig machen.**

Vor mehreren Wochen wurde verkündet, dass die 100'000 Unterschriften zustande gekommen sind. **Vom Respekt gegenüber dem Souverän bleibt kaum mehr etwas übrig. Der Erhalt der Volksrechte steht auf dem Spiel.** Darum haben, wie anfangs erwähnt, die nächsten vier Jahre eine entscheidende Bedeutung.

**Gegen Überfremdung und EU-Diktat**

Der Bundesrat plant seit Längerem einen neuen Gesamtvertrag zwischen der Schweiz und der EU. **Die totale Opposition gegen diesen institutionellen Rahmenvertrag hat absolute Priorität.** EU-Recht würde automatisch übernommen. Bei einem Streitfall mit der EU hätte das Bundesgericht nicht mehr das letzte Wort. In der Form fremder Richter entschiede ausschliesslich der Euro-

päische Gerichtshof in Luxemburg. **Der EU-Beitritt durch die Hintertür wäre praktisch vollzogen.**

**Im Rahmen der Gegnerschaft sind die Schweizer Demokraten (SD) dem Komitee «gegen den schleichenden EU-Beitritt» beigetreten.**

Bereits wurde darauf hingewiesen, dass die Volksrechte unter scharfem Beschuss sind. **Die SD wehren sich vehement gegen eine Erhöhung der Unterschriftenzahl bei Volksinitiativen oder eine Kürzung der Sammelfrist.** Neben der Zuwanderungsdebatte gilt das Augenmerk der gesellschaftlichen Überfremdung. Auch in dieser Hinsicht scheut die politische Elite nicht davor zurück, mit Unterstützung der rot-grünen Internationalisten, die Schweiz als existierende Nation zu verunglimpfen. Die Schweizer Geschichte wird in akademisch-besserwisserischer Art und Weise umgedeutet, sodass man jeweils fast nur das Ausland als Interpretationsgrundlage berücksichtigt.

**Begleitet von der aktuellen Flüchtlingssituation schwingen alle kräftig die Rassismuskeule und zwar mit freundlicher Unterstützung der Medien.**

Man will die Schweizer dazu nötigen, den zahlreichen Flüchtlingen kritiklos zu begeben. **SP und Grüne behandeln in dieser Debatte Andersdenkende äusserst verächtlich, sogar feindselig.** Sie machen sich mit antidemokratischem Verhalten zu den Hütern des Guten, den Beschützern der Demokratie. Hierbei werden die Diskussionen immer emotionaler und aggressiver.

**Die SD lassen sich nicht von unsachlichen falschen Humanisten beeindrucken und fordern die Wiedereinführung der Grenzkontrollen, die damit verbundene Kündigung des Schengener Abkommens und eine Aufstockung des Grenzwachtkorps.**

Dagegen hätten Massenaufnahmen von Asylbewerbern in mehrfacher Hinsicht schwerwiegende Folgen: Der Mangel an Arbeitsplätzen würde mittelfristig eine immens steigende Arbeitslosenquote erzeugen. In den Volksschulen könnten bei hohem Integrationsbedarf die ausreichenden Startchancen (Erfüllung der Lernziele) nicht im Geringsten mehr garantiert werden. **Eine Zweitklassengesellschaft, punktuelle Ghettoisierungen und schliesslich Rassenkonflikte nach schwedischem Vorbild wären die Konsequenz.**

Fortsetzung Seite 3



# Kein Platz für Wirtschaftsflüchtlinge

Täglich werden wir von allen Medien mit schrecklichen Berichten, Fotos und Filmen konfrontiert, die an unser Mitgefühl appellieren. Das Ziel ist, bei der Bevölkerung Mitleid, Toleranz und Loyalität gegenüber diesen armen, verfolgten Menschen zu erwecken. **Dabei werden vorwiegend Bilder von Müttern und Kindern gezeigt, obwohl die Mehrheit der Migranten Männer sind.** Das Foto des 3-jährigen Aylan Al-Kurdi, der am Strand von Bodrum tot an Land geschwemmt wurde, geht um die Welt. Dieses Bild des ertrunkenen syrischen Jungen berührt unser Herz sehr. Den 5-jährigen Bruder und seine Mutter traf das gleiche traurige Schicksal, während der Vater überlebte. Das ist sehr tragisch, aber leider kein Einzelfall! In Grossbritannien ging ein Aufschrei durch das ganze Volk, als dieses Foto alle Titelseiten der Zeitungen zierte. Daraufhin erklärte sich Premierminister David Cameron endlich bereit, **20'000 syrische Flüchtlinge aufzunehmen. Diese müssten aber aus den umliegenden Lagern von den Anrainerstaaten stammen.**

Auch Frankreich will nun weitere 24'000 übernehmen. Deutschland, Österreich und Schweden haben bis jetzt den grössten Teil der Syrer aufgenommen. Von Januar bis Ende Juni 2015 wurden in den EU-Ländern total 420'000 Asylgesuche gestellt, wobei Deutschland 40 Prozent davon bewältigte.



*Ganze Menschenmassen von Eritreern kommen unter anderem über Italien in die Schweiz. Viele dieser Personen sind reine Wirtschaftsflüchtlinge.*

## Diese Flüchtlingsströme werden Europa verändern

Deutschland hat kaum mehr genügend Aufnahmekapazitäten. Trotzdem werden alle ankommenden Flüchtlinge mit Geschenken wie Stofftieren, Spielzeugen, Getränken, Essen, Kleider etc. herzlich willkommen geheissen. Die von der Bevölkerung mitgebrachten Sachspenden werden danach oft von den Beschenkten mit dem Abfall an den Strassenrändern entsorgt. **Das Schengen/Dublin-Abkommen wurde von der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel kurzerhand ausser Kraft gesetzt und nun dürfen alle Asylbewerber unkontrolliert einreisen.** Dies übt natürlich eine starke Sogwirkung auf weitere Einwande-

rer aus, die dank Smartphone gut vernetzt sind. **Bereits kommen täglich 10'000 und am Wochenende 40'000 neue Migranten via Ungarn in Deutschland an.**

**Bundeskanzlerin Angela Merkel wirbt für Mitgefühl und Solidarität, gibt aber auch zu, dass dies Milliardenbeträge koste und grosse Opfer vom deutschen Volk abverlange.**

Einige Ankömmlinge halten sogar Fotos von Angela Merkel in den Händen und verkünden strahlend, diese nette Frau hätte sie eingeladen! Deutschland ist für viele Migranten zum Land der Hoffnung geworden. Es wird mit einem Zustrom von 800'000 Migranten für das ganze Jahr gerechnet. **Eine grosse unterschätzte Gefahr bei dieser unkontrollierten Flüchtlingswelle sind die IS-Terroristen, die in den Menschenmengen getarnt problemlos einreisen.**

## Nur Platz für echte Flüchtlinge

Auch in der Schweiz setzen sich SP und Grüne dafür ein, noch mehr Asylanten aufzunehmen, obwohl der Platz jetzt schon nicht mehr reicht und neuangekommene Männer in Zelten wohnen müssen. Einige fordern sogar, dass wir 100'000 syrische Asylbewerber aufnehmen sollten. Mitleid und Solidarität für diese Menschen zu empfinden, ist verständlich, aber so eine riesige Zahl ist gegenüber der Schweizer Bevölkerung unverantwortlich.

**Trotzdem werden alle um ihr Heimatland besorgten Schweizer, die nicht noch mehr Asylanten möchten, als Rassisten beschimpft, das ist höchst unfair!**

Wir sollten uns nicht von den momentanen furchtbaren Geschehnissen beeinflussen lassen und einen

kühlen Kopf bewahren. **Unter den vielen Neuankömmlingen sind etliche Wirtschaftsflüchtlinge, die einfach eine bessere Zukunft wollen.** Doch wir haben in unserem kleinen, dichtbevölkerten Land nur Platz für echte Flüchtlinge. Millionen von Migranten aus der ganzen Welt möchten nach Europa und in die Schweiz kommen, aber wir können nicht alle aufnehmen.

**Das Problem ist doch, dass die meisten Asylsuchenden, auch die nur vorläufig Aufgenommenen, für immer bei uns bleiben. Wie können wir für so viele Menschen Wohnungen und Arbeitsplätze finden?**

Es werden Integrationskosten, Sprachkurse, Weiterbildung, medizinische Versorgung, Sozialhilfe, psychiatrische Betreuung usw. nötig, **was unabsehbare Kosten in Milliardenhöhe verursachen wird. Schon jetzt geben wir für das Asylwesen 3 Milliarden Franken aus und für die Entwicklungshilfe weitere 3 Milliarden, also total 6 Milliarden!**

## Sozialhilfeausgaben werden steigen

Unsere Schweiz wird sich durch so viele Einwanderer drastisch verändern. **Es müssen noch mehr Wohnungen und Schulhäuser gebaut und weiteres Kulturland geopfert werden.** Auch dass die Einwanderer aus fremden Kulturkreisen stammen, dürfte die Integration erschweren, einige sind sogar Analphabeten. Schweizweit gibt es immer weniger Arbeitsplätze für ungelernete Arbeiter, da leider viele Unternehmen ihre Produktion aus Kostengründen ins billigere Ausland verlagern.

**Viele der anerkannten Flüchtlinge können nie in den Arbeitsprozess eingegliedert werden und sind lebenslanglich von der Sozialhilfe abhängig.**

Das Familiennachzugsrecht wird die Zahlen noch weiter erhöhen. Was geschieht, wenn die syrischen Flüchtlinge plötzlich alle in die Schweiz einreisen wollen, statt nach Deutschland oder Schweden?

## Eritreer bevorzugen die Schweiz

Die Schweiz hat die grösste Anzahl von Eritreern, nämlich 23'000, deren Asylrecht zwar umstritten ist, die jedoch alle aufgenommen werden. Abgewiesene eritreische Asylbewerber werden nicht zurückgeschafft, weil immer noch nicht abgeklärt ist, ob

**Es braucht mehr Schweizer Demokraten...**  
*Fortsetzung von Seite 2*

## Politik für die Schweiz

Parallelkulturen wie der Islam sollten besondere Aufmerksamkeit bekommen. **Daher fordern die SD die Einhaltung verfassungsmässiger Grundsätze.** Separierte Kindergärten nach religiösen Richtlinien, Sonderbehandlungen in den öffentlichen Schulen (punktuelle Dispense) sowie die Anwendung von islamischen Rechtsgrundlagen sind entschieden abzulehnen.

**Die islamische Verschleierung verstösst gegen die Gleichberechtigung von Mann und Frau und sollte daher verboten werden.**

Letztlich gilt es, wichtige Bestimmungen wie das Minarett- und das Schächtverbot zu erhalten. Der Schutz unserer schweizerischen Identität liegt den SD vor allem im heutigen Zeitgeist der gesellschaftli-

chen und wirtschaftlichen Globalisierung besonders am Herzen.

**Einen Grosse Erfolg konnten die SD mit der Annahme der eigenen Mundart-Initiative im Kanton Aargau erzielen.**

Eine Politik für alle Schweizer Bürger tut not. Arbeitslose, IV-Rentner, Sozialhilfebezügler und Working poors benötigen zu ihrer Absicherung einen starken Sozialstaat. Eine qualitativ hochstehende Lebensqualität ist aber nur mit dem Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen zu erreichen. **Dieses Gedankengut und die daraus resultierenden politischen Positionen wollen die Schweizer Demokraten (SD) in Zukunft wieder direkt im Nationalrat einbringen.** Mit Ihrer Hilfe erreichen wir dieses Ziel.

**Wir danken Ihnen, dass Sie an den National- und Ständeratswahlen vom 18. Oktober die SD-Liste unverändert einwerfen.**

## Aufschlussreicher Blick in die Vergangenheit

Der Präsident der Grünliberalen Partei (GLP), Nationalrat Martin Bäumle, hat verkündet, dass er für die Wahlen im Herbst mit einem Zuwachs des Wähleranteils von 5,4% auf 7 bis 8% rechnet. – Bekanntlich eroberte die GLP vor 4 Jahren dank Listenverbindungen mit der BDP und der CVP 12 Mandate – ein aussergewöhnlich grosser Erfolg bei 5,4% Wähleranteil. Bäumle kämpfte und kämpft mit wenig feinen Methoden. Zu denken ist etwa an die stete Bereitschaft, **Grundsätze des politischen Bekenntnisses im Interesse momentaner Erfolge aufzugeben.**

**Des Weiteren behauptet Bäumle, die Grünliberale Partei sei etwas ganz Neues, Erstmaliges, Einmaliges. Eine Aussage, die schlicht als Lüge zu bezeichnen ist.**

Und Bäumle muss dies wissen – in einem offenen Brief haben wir ihn darauf aufmerksam gemacht, er aber fand es nicht für nötig, **den Erhalt des Schreibens auch nur zu bestätigen – noch viel weniger mit etwas Bescheidenheit darauf zu reagieren.** Einige Hinweise mögen unsere Haltung belegen:  
– In den Grundsatzpapieren der Nationalen Aktion (NA) standen schon bei der Gründung im Jahr



Die ökologische Politik der Grünliberalen (Bild: GLP-Präsident Martin Bäumle) wurde von den Schweizer Demokraten (SD) kopiert.

- 1961 eindeutig grüne Forderungen!
  - 1971 bekannte sich die NA mit ihrer Grundsatzklärung und dem politischen Programm (– mit über 90 klar ökologisch fundierten Forderungen) eindeutig als eine grünliberale Partei.
  - 1977 ergänzte die Delegiertenversammlung der NA dieses Programm durch ein Wirtschaftsprogramm, das die Stabilisierung des Rohstoff- und Energieverbrauches und die Eindämmung der Umweltbelastung durch Schadstoffe und Abfall zum Ziel hatte.
  - **Ende der 70er-Jahre arbeiteten wir auf internationaler Ebene im «Europäischen Arbeitskreis für ökologische Politik».** Die Gründer dieser Organisation waren Dr. H. Gruhl für Deutschland, G. Styx für Österreich und V. J. Oehen für die Schweiz.
- Diese **grünliberale Formation** kapitulierte nach einigen Jahren, weil ihre Arbeit von den Massenmedien praktisch totgeschwiegen und von den Regierungen nicht ernst genommen wurde. Dabei ist

zu bemerken, dass aus den **drei erwähnten Ländern je fünf bedeutende Wissenschaftler und Spitzenpolitiker** mitarbeiteten.

– Es darf noch darauf hingewiesen werden, dass der Schreibende 1986 die Ökologisch-Freiheitliche Partei (OeFP) gründete, die an den Wahlen 1987 in sechs Kantonen mit eigenen Listen auftrat.

Offensichtlich war die Zeit jedoch noch nicht reif für ihr Programm, weshalb sie sich nach den Misserfolgen in jenen Nationalratswahlen wieder auflöste. Daraus ergibt sich folgende Schlussfolgerung: Es ist durchaus erfreulich, wenn unsere damaligen Forderungen durch andere Kreise heute wieder aufgenommen werden.

**Die Entwicklungen beweisen, dass wir – leider – mit unseren Sichtweisen sehr recht hatten.**

Weniger erfreulich ist, wenn Politiker wie Herr Bäumle das Erstgeburtsrecht für etwas beanspruchen, das sich bereits in einem reiferen Alter befindet. **Uns bleibt ein Trost: Die Geschichte gibt uns vollumfänglich recht!**

Valentin Oehen,  
e. Nationalrat, Nottwil

### Kein Platz für Wirtschaftsflüchtlinge

Fortsetzung von Seite 3

dies zu verantworten ist. Sie tauchen unter und vergrössern das Heer der etwa 300'000 Sans-Papiers. **Im ersten Halbjahr 2015 wurden 3238 Asylgesuche von Eritreern gestellt, während von Syrern nur 390 Gesuche eingingen.** Im Juli 2015 waren es total 3896 Asylgesuche und im August 3899. Davon waren 1610 von Eritreern, 461 von Afghanen, 401 von Syrern und der Rest aus dem Irak, dem Kosovo, aus Somalia und Sri Lanka.

**Im ersten Halbjahr 2015 wurden total 19'868 Asylgesuche eingereicht, bis Ende Jahr sind es über 40'000 und nicht 29'000, wie man prophezeite.**

Durch den freien Personenverkehr mit der EU kommen zusätzlich noch

durchschnittlich 80'000 Einwanderer dazu. **So wird unsere Wohnbevölkerung bald die 10-Millionen-Marke erreichen.** Wollen wir das?

### Kampf den Schleppern

In Bulgarien konnten kürzlich fünf Schlepper verhaftet werden. **Laut der Polizeibehörde Europol sind mindestens 30'000 Schlepper im Einsatz.** Die Profiteure aus der Menschenschlepperei sind höher als die aus dem Drogen- und Waffenhandel.

**Die Schlepper gehen mit äusserster Brutalität und Skrupellosigkeit vor, behandeln die Flüchtlinge wie Tiere und verlangen täglich höhere Preise. Diese kriminellen Machenschaften müssen sofort unterbunden und streng bestraft werden.**

Die Flüchtlingsströme werden weiter stark zunehmen und die EU legt nächstens einen verbindlichen Quo-

tenschlüssel für die Verteilung von 160'000 Flüchtlingen für alle EU-Länder vor. Auch die Schweiz wird aufgefordert, mitzumachen. Ungarn, Polen, Tschechien und die Slowakei wehren sich dagegen. Erfreulicherweise haben sich Brasilien, Chile und die USA anboten, Flüchtlinge aufzunehmen.

**Diese Masseneinwanderung kann nicht so weitergehen, Europa und die Schweiz können das nicht verkraften.**

**Es gibt nur eine Lösung gegen diese Völkerwanderung: Der Bürgerkrieg in Syrien muss endlich beendet werden. England, Frankreich und Deutschland planen jetzt Luftangriffe auf die IS-Stellungen in Syrien.**

Hoffentlich haben sie damit Erfolg, sodass die syrischen Vertriebenen wieder in ihre Heimat zurückkehren können.

### Forderungen der SD

**Den syrischen Flüchtlingen sollte vermehrt an Ort geholfen werden. Es sollen Swiss Camps eingerichtet werden, die von Schweizer Fachpersonal geführt werden.** So können mehr Bedürftige erreicht werden, die kein Geld für die Schlepper haben und in trostlosen Lagern leben müssen, bis der Krieg zu Ende ist. Der Bundesrat soll dafür weitere Geldmittel freigeben und der EU keine zu hohe Aufnahmequote versprechen.

**Unser Grenzschutzkorps soll aufgestockt und die Grenzen wieder kontrolliert werden.**

Die Fristen für die Asylentscheide sollten noch weiter verkürzt und die neu beschlossenen Massnahmen konsequent befolgt werden.

Margrit Neukomm, Nationalratskandidatin, Mitglied Parteileitung der SD Schweiz, Bern

**Am 28. November 2015 findet im Restaurant «Dietiker» in Suhr die nächste schweizerische Mitgliederversammlung statt. Sämtliche SD-Mitglieder sind herzlich eingeladen. Die Parteileitung freut sich auf Sie.**




**Kanton Zürich**


## Schweizer Demokraten – national, umweltbewusst, sozial

Die Schweizer Demokraten (SD) Zürich den nachstehenden Wahlvorschlag eingereicht:  
vom 18. Oktober 2015 im Kanton



- |  |   |
|--|---|
| 1./2. Thalman Sheila, Hochbauzeichnerin, 1979, Pfaffhausen | niker, 1954, Zürich   |
| 3./4. Wahl Roland, Bahnangestellter, 1963, Urdorf          | 11./12. Wenger Robert, Maler, a. Kantonsrat, 1945, Bassersdorf  |
| 5./6. Wobmann Walter, Hauswarts-Angestellter, 1960, Zürich | 13./14. Zehnder Christoph, Chauffeur, 1964, Eglisau             |
| 7./8. Gassmann Esther, Pflegefachfrau, 1972, Zürich        | 15./16. Wietlisbach Paul, Kaufmann, a. Kantonsrat, 1944, Zürich |
| 9./10. Steiner Rolf, Automechaniker, 1954, Zürich          | 17./18. Albrecht Daniel, Maler, 1976, Zürich                    |

- |  |   |
|--|---|
| 19./20. Tröndle Peter, Lagerist, 1972, Zürich                      | 29./30. Tissot Charles, kaufm. Angestellter, 1951, Adliswil                   |
| 21./22. Lanker Andreas, Hochbauzeichner, 1974, Zürich              | 31./32. Stahel Andreas, Kaufmann, 1978, Ebertswil                             |
| 23./24. Suremann Claude, Tech. Angestellter, 1956, Zürich          | 33. Walder Evelyn, Fotolaborantin, 1978, Ebertswil                            |
| 25./26. Spengler Walter, pens. Notariatsangestellter, 1942, Zürich | 34./35. Spiess Christoph, lic.iur., Oberrichter, a. Gemeinderat, 1959, Zürich |
| 27./28. Meuli Roger, Elektromonteur, 1972, Zürich                  |   |
- SD Kanton Zürich


**Kanton Bern**


### Kopftuchstreit an Thuner Schule: SD gegen religiös motivierte Verschleierung

Die Schweizer Demokraten (SD) des Kantons Berns bedauern den Entscheid der zuständigen kommunalen Bildungsbehörden, welche einem Mädchen das Tragen eines islamischen Kopftuchs gestatten. Dabei kam dieser Beschluss nicht nur aufgrund lückenhafter Richtlinien für den Schulalltag zustande. Vielmehr fehlen die allgemeinen gesetzlichen Grundlagen, zumal religiös motivierte Verschleierungen in der obligatorischen Volksschule dem Prinzip eines säkularen Staates (Trennung von Kirche und Staat) widersprechen.



*Das islamische Kopftuch verstösst in seiner Bedeutung gegen die verfassungsmässige Gleichstellung von Mann und Frau.*


**Inbesondere die Kopftuchvariationen der muslimischen Glaubensrichtungen stellen eine archaische und patriarchalische Sitte der gesellschaftlichen Entwürdigung der Frau dar, was auch von Personen mit moderater Auffassung des Islams in dieser Weise vertreten wird.**

**sätzlichen Vermummungsverbots innerhalb öffentlich-rechtlicher Bildungsstätten.** Zudem sollte für Angestellte der Staatsbetriebe dieselbe Regelung gelten.


**Daher fordern die SD unter anderem die Einführung eines grund-**

*Andreas Beyeler,  
Nationalratskandidat, Präsident  
SD Kanton Bern, Worben*

## Veranstaltungshinweise der SD-Sektionen

 **SD Schweiz: Ordentliche Mitgliederversammlung (Herbst-Versammlung),**  
Samstag, 28. November 2015,  
10.30 bis 15.00 Uhr, Restaurant «Dietiker», Alte Gasse 1, 5034 Suhr.

Luzern Bahnhof bis Haltestelle Eichhof. Infos über Tel. 076 416 17 00.

 **Bezirk Baden und Umgebung: Stamm** im Hotel «Winkelried», Landstr. 36, Wettingen. Jeden 1. Dienstag im Monat ab 20 Uhr. Weitere Infos über Tel. 056 222 68 72.


 **SD Kanton Bern: Jahreschlussessen,** Dienstag, 24. November 2015, ab 19.00 Uhr, Restaurant «Jäger», Murtenstrasse 221, Bern-Bethlehem. Bitte

Anmeldung bis Montag, 16. November 2015 an [info.sd-be@besonet.ch](mailto:info.sd-be@besonet.ch) oder über Telefon 079 602 77 41 (Andreas Beyeler, Kantonalpräsident).

**SD Stadt Bern: Höck** (Bei Vorstandssitzungen sind Gäste stets eingeladen!) im Restaurant «Jäger», Murtenstrasse 221, Bern-Bethlehem. Postauto Nr. 101, Haltestelle Untermattweg (von dort ca. 1 Minute zu Fuss). Oder Tram Nr. 8 Richtung Brünnen-Westside, Haltestelle Säge (von dort etwa 5 Minuten zu Fuss). Jeden letzten Dienstag im Monat ab

20 Uhr. Weitere Infos über Tel. 031 974 20 10.

**Berner Oberland: Höck** im Hotel «Milan» in Ringgenberg. Jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20 Uhr. Weitere Infos über Tel. 033 822 68 62.

 **Luzern-Innerschweiz: Höck** im Bistro «Spatz», Obergrundstrasse 103, Luzern. Jeweils am letzten Mittwoch im Monat ab 20 Uhr (ausser im August und Dezember). Es ist immer jemand da! Bus-Nr. 1, 11, 20 ab

 **Kantonalsektion St. Gallen: Stamm** am Mittwoch, 7. Oktober 2015, ab 19.30 Uhr im Restaurant «Dufour» am östlichen Ende des St. Galler Hauptbahnhofs. Weitere Infos über Tel. 079 639 06 07, abends.

## EU nützt Schwächen des Bundesrates respektlos aus

Wenn Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga vor der Bundesratssitzung EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker anruft, so signalisiert sie eine grosse psychologische Unsicherheit; das ist fatal ungeschickt für jemanden, der die Souveränität eines Staates vertreten sollte! Wird nun auf Wunsch von Herrn Juncker ein weiterer Chefunterhändler auf Kosten unserer Steuerzahler mit der Auflage, alle Dossiers seien zu verknüpfen, nach Brüssel entsandt, so dürfte ja völlig klar sein, worum es geht:

Die EU will nicht zulassen, dass wir in der Schweiz die Einwanderung selber steuern und keine fremden Richter und Gesetze automatisch (oder dynamisch) übernehmen wollen.

Ich erlaube mir – wohl als Einziger – laut darüber nachzudenken, ob es nicht endlich an der Zeit wä-

re, Diplomaten beziehungsweise Chefunterhändler nach ihrem Erfolg in punkto Interessen der Schweiz zu entlöhen; damit diese nie und nimmer vergessen, wem sie verpflichtet sind! Im Sport ist es schliesslich auch so, dass nicht jedermann im Voraus und ohne Leistung eine Goldmedaille überreicht bekommt. Die Verknüpfung aller Dossiers mit der EU lässt für die Schweiz nichts Gutes erahnen: Dies ist ein erneuter plumper Trick, um die Schweiz ein weiteres Stück über den Tisch zu ziehen.

Es kommt nicht auf die Menge der Verhandler an, sondern auf deren Standfestigkeit und Härte, sonst wird aus einem neuen Chefunterhändler mit Gesamtbefugnissen(!) ein weiterer hochbezahlter «Chefunterhändler»!

Marcus Stoercklé jun., Basel



## Kanton St. Gallen



### Die Nationalratskandidaten der Schweizer Demokraten (SD) im Kanton St. Gallen

#### Liste 22

- |   |   |
|---|---|
| 1. Uhler Roland, Bäcker, 1966, St. Gallen               | 3. Preuss Roland, Koch, 1969, Bad Ragaz |
| 2. Zannin Silvio, Maschinen-Operateur, 1974, St. Gallen | 4. Keel Felix, Käser, 1958, Gossau      |



## Kanton Luzern



### Die Nationalratskandidaten der Schweizer Demokraten (SD) im Kanton Luzern

#### Liste 22

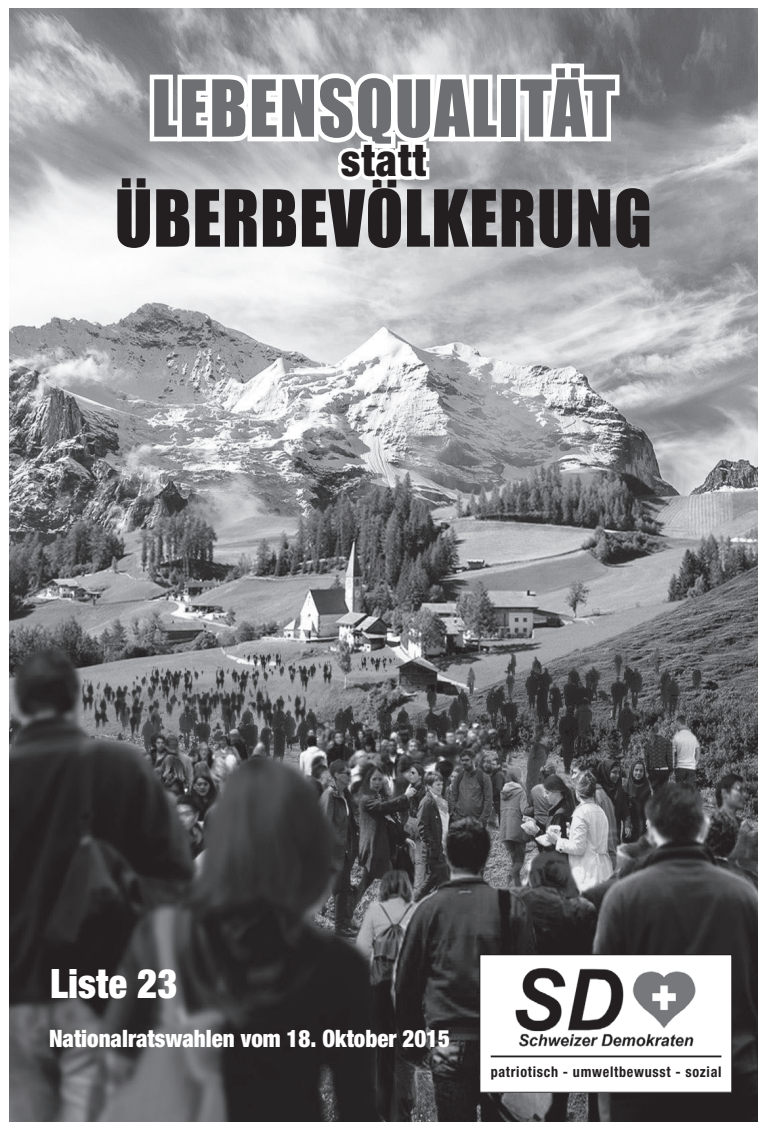
- Blättler Thomas, Logistiker, 1964, Emmenbrücke



## Kanton Bern



## LEBENSQUALITÄT statt ÜBERBEVÖLKERUNG



Liste 23

Nationalratswahlen vom 18. Oktober 2015



### Die Nationalratskandidaten der Schweizer Demokraten (SD) im Kanton Bern

- |   |  |
|---|--|
| 1. Pulver Adrian, SD-Zentralsekretär/Redaktor, 1983, Bern   | 8. Reumer Reto, technischer Verkaufsberater, 1974, Worb                      |
| 2. Beyeler Andreas, Gastwirt/Unternehmer, 1970, Worben      | 9. Engel Markus E., Zugchef SBB, 1962, Port                                  |
| 3. Neukomm Margrit, dipl. Bibliothekarin, 1953, Bern        | 10. Bochsler Raphael, Bus- und Tramchauffeur, 1982, Flamatt                  |
| 4. Brunner Walter, Hauswart/Gärtner, 1974, Unterseen        | 11. Gerber Simon, IT Support Leiter, 1967, Jegenstorf                        |
| 5. Walpert Roland, Bäcker-Konditor, 1981, Bolligen          | 12. Allgaier Deborah, Hauswirtschaftsmitarbeiterin/Hausfrau, 1986, Wyssachen |
| 6. Lerch Ronald, Notar, 1950, Moutier                       | 13. Galli Patrizia, Detailhandelsangestellte, 1975, Bern                     |
| 7. Zwimpfer Nicole, Selbstständigerwerbende, 1985, Bolligen |  |

**Die SD akzeptieren keinen diktierten EU-Verteilschlüssel für Flüchtlinge und fordern die Kündigung des Schengener Abkommens respektive eine Aufstockung des Grenzwachtkorps.**





## Défense: ...des requérants oui! ...des nationaux non?!

Siégeant à Yverdon-les-Bains les 13 et 14 août 2015 sous la présidence de la conseillère nationale Amarelle (bien connue pour sa complaisance à l'égard de l'emprise étrangère), la Commission des institutions politiques du Conseil national a entériné le projet de modification de la loi sur l'asile présenté par le Conseil fédéral et déjà approuvé par le Conseil des Etats. Cette réforme sera vraisemblablement adoptée en dernière lecture lors de la prochaine session d'automne. Elle prévoit notamment que tout requérant dont la demande est traitée dans un centre de la Confédération doit avoir droit à un conseil et à une représentation juridique gratuits (cf. <http://www.parlament.ch/f/mm/2015/Pages/mm-spk-n-2015-08-14.aspx>).

Quelles seraient les conséquences de cette mesure, si elle devait être appliquée? En juillet 2015, 3896 demandes d'asile ont été déposées; vu l'attitude de nos autorités, rien ne permet d'espérer que ce nombre diminuera à l'avenir. Durant ce même mois, 2031 demandes d'asile ont été réglées en première instance. **Il faut donc actuellement compter avec environ 30'000 procédures clôturées par an, vu l'intention affichée d'accélérer les procédures.** Dans le canton de Vaud, les avocats d'office sont rémunérés à raison de fr. 180.- de l'heure (fr. 110.- pour les stagiaires), TVA en plus. **Un dossier d'asile de taille moyenne peut impliquer en tout cas une demi-douzaine d'heures de travail, vu en particulier l'assistance du mandataire aux auditions du requérant. Parlons chiffres: 30'000 X 180.- X 1,08 X 6 = fr. 34'992'000.-.** Certes, tous les requérants ne seront pas représentés par des avocats brevetés, car des dossiers seront certainement aussi confiés à des stagiaires; néanmoins, la durée moyenne de six heures retenue dans notre calcul est plutôt optimiste. Ceci compensera cela. De toute façon, nous en sommes réduits à des ordres de grandeur, même si l'on devait ne devoir retenir «que» fr. 32'400'000.- en considérant que la Confédération se paie elle-même la TVA qu'elle perçoit. Ce privilège légal est envisagé à une époque où la Confédération affiche la ferme volonté de combler

le déficit de l'exercice 2014 (qui était de 124 millions, rappelons-le). **Ce qui l'a en particulier menée à décider de réduire aussi bien les paiements directs à nos agriculteurs que les traitements de ses employés.** En d'autres termes, à s'en prendre à celles et à ceux qui travaillent, qui produisent des richesses, qui font œuvre utile au service de notre pays et qui contribuent à la société à laquelle ils appartiennent, **pour favoriser des individus qui, précisément, n'appartiennent pas à notre société, de laquelle ils veulent uniquement soutirer des avantages.**

Nous avons parlé d'ordres de grandeur. En effet. Dans un communiqué du 12 août 2015, le Conseil fédéral a annoncé que les mesures prévues à l'égard de son personnel «(...) permettront d'économiser 30 millions de francs par an à partir de 2016» (<https://www.admin.ch/gov/fr/accueil/documentations/communiqués/msg-id-58325.html>). **Donc une économie analogue à la dépense en faveur des requérants.** Sans compter le fait que des employés qui se sentent déconsidérés travaillent moins bien. On appréciera.

Tout ceci à un moment où la Chef-fe du département fédéral concerné, Présidente de la Confédération cette année, ne cesse de minimiser la gravité du problème de l'asile. Qui plus est également à l'occasion de la Fête nationale.

Le prétexte invoqué à l'appui de ce privilège accordé aux milieux de l'asile est celui d'une accélération des procédures. C'est ridicule. Toutes choses égales par ailleurs, **la rapidité d'une procédure dépend du rapport entre le nombre de dossiers à traiter et le nombre d'employés affectés à cette mission. Le plus sûr serait donc de diminuer le nombre de demandes d'asile en surveillant mieux la frontière (y compris en appelant l'Armée en renfort du Corps des Gardes-frontière dans la région de Chiasso, où la situation est la plus grave), sans reculer a priori devant une augmentation du personnel administratif, qui serait un bon investissement.** Voilà à quoi ressembleraient de véritables mesures. Mais, pour cela, il faut de la volonté politique. Et du courage. Car nous attendons des actes. Pour que les choses

changent enfin. En d'autres termes, que l'on commence une bonne fois pour toutes à parler de refoulements et de rapatriements massifs, donc de baisse nette de l'effectif des requérants, des personnes admises provisoirement et

des réfugiés, et que l'on nous épargne donc enfin ces formulations en trompe-l'œil se réjouissant d'une diminution du taux d'accroissement du nombre des requérants.

DS-Vaud

## Appel urgent!

Les élections fédérales du 18 octobre prochain sont d'une importance capitale pour notre pays. Depuis le début de l'année, le crime organisé a réussi à faire passer en Europe des centaines de milliers de migrants depuis le Sud de la Méditerranée. Les milieux favorables à l'ouverture de la frontière disposent de moyens et d'appuis médiatiques gigantesques. Nous devons agir. La section cantonale vaudoise de notre Parti est la seule à présenter une liste en Suisse romande. Les élections vaudoises sont donc particulièrement importantes. La liste est élargie par rapport aux élections nationales de 2007 et 2011. **Nous**

**avons de nouveaux adhérents et sympathisants.** Dès le début de la campagne, l'accueil réservé par nos compatriotes à nos premières actions a été excellent!

**Nous avons la conviction que nos positions sont majoritaires au sein de notre peuple. Mais nous devons pouvoir mieux encore les faire connaître!**

Les tracts et les affiches coûtent cher pour un petit Parti comme le nôtre. **Nous avons besoin de votre soutien.** Merci d'avance à toutes et à tous!

Démocrates Suisses (DS)  
du canton de Vaud,  
CCP 10-4942-8

## Les candidats aux élections fédérales pour le canton de Vaud

### Liste no 11

1. Dupont Michel, Docteur ès sciences techniques/physicien, 1943, Pully
2. Henry Raphaël, Contremaître en génie civil, 1972, Lausanne
3. Delalande Rémy, Chef de projet, 1967, Morges
4. Henry Sabrina, Employée de commerce, 1981, Lausanne
5. Dupont Bruno, Cuisinier, 1966, Lausanne
6. Rodriguez Chantal, Retraitée, 1949, Lausanne
7. Rawyler Alexandre, Géologue, 1947, Montreux
8. Vernay Marguerite, Ménagère, 1958, Remaufens
9. Vernay Pierre-Maurice, Dessinateur en bâtiment, 1949, Remaufens

www.democrates-suisse.ch


Liste 11 **DS**

ACTION NATIONALE - DEMOCRATES SUISSES

**Cessez de vous voiler la face!**

Immigration  
Criminalité  
Bétonnage  
Pillage des oeuvres sociales

10. Berseth Théodore, Electricien, 1958, Chambésy

Offizielles Organ der  
Schweizer  
Demokraten **SD** 

**SD-Zentralsekretariat**  
Postfach 8116, 3001 Bern  
Telefon 031 974 20 10  
Telefax 031 974 20 11  
Postkonto 80-2270-0  
(Zentralkasse Killwangen)  
www.schweizer-demokraten.ch  
schweizer-demokraten@bluewin.ch

**Redaktion**  
Schweizer Demokrat  
Postfach 8116  
3001 Bern

**Redaktoren:**  
Adrian Pulver,  
SD-Geschäftsführer, Bern (CR)  
Rudolf Keller, e. Nationalrat/  
e. Landrat, Frenkendorf  
Dr. D. J. Najman, e. Grossrat, Baden  
Valentin J. Oehen, e. Nationalrat,  
Nottwil  
Margrit Neukomm, Bern



**Stärken Sie die  
Schweizer Demokraten  
durch Ihre Mitgliedschaft!**

**Abonnement**  
**SCHWEIZER DEMOKRAT**  
PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich  
pro Mitgliederjahr Fr. 45.–  
(für Mitglieder obligatorisch)

- Ich möchte Mitglied der  
Schweizer Demokraten (SD)  
werden!  
 Nur Zeitungsabonnement  
 Nur Adressänderung  
\_\_\_ Ex. SD-Zeitungen zum  
Verteilen

Name: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Beruf: \_\_\_\_\_ Jahrgang: \_\_\_\_\_

Strasse/Nr.: \_\_\_\_\_

PLZ/Wohnort: \_\_\_\_\_

E-Mail: \_\_\_\_\_

Datum: \_\_\_\_\_

Unterschrift: \_\_\_\_\_

Schweizer Demokraten (SD),  
Postfach 8116, 3001 Bern  
schweizer-demokraten@bluewin.ch

## Eidgenössische Wahlen 2015: SD treten in fünf Kantonen an

Bei den Nationalratswahlen vom 18. Oktober 2015 präsentieren sich die Schweizer Demokraten (SD) in den Kantonen Zürich, Bern, Waadt, St. Gallen und Luzern mit jeweils eigenen Listen. **Dabei stellt der Gewinn eines Sitzes das Hauptziel der Kampagne dar.** Dieses Mandat würde man wohl in einem der beiden grössten Kantone, Zürich und Bern, erringen. Hierfür nominierten die beiden

Kantonalparteien zwei junge Spitzenkandidaten, **den 32-jährigen SD-Zentralsekretär Adrian Pulver und die 36-jährige Hochbauzeichnerin Sheila Thalmann.**

**Als blockunabhängige Alternative betreiben die SD eine Politik für die Bewahrung der schweizerischen Identität mit zugleich starker ökologischer und sozialer Prägung.**

Eine Beschränkung der Zuwanderung mittels ersatzloser Kündigung des Personenfreizügigkeitsabkommens hat genauso wie der Schutz des Kulturlandes vor neuen Einzonungen und der Erhalt eines starken Sozialstaates eine zentrale Bedeutung.

SD-Redaktion

## Erpressung und Drohungen der EU

Die **EU-Kommission verlangt, dass sich auch die Schweiz beim permanenten Verteilerschlüssel für die Flüchtlinge beteiligt.** Island, Norwegen, Lichtenstein und die Schweiz, allesamt EFTA-Mitglieder, dennoch Partner des Schengen/Dublin-Abkommens, sollen die neusten Bestimmungen, die für alle EU-Staaten obligatorisch sind, widerspruchslos übernehmen. **Sollten sich diese Länder weigern, würden ihnen die Schengen/Dublin-Verträge gekündigt.** Die genauen Flüchtlingsquoten sind noch nicht bekannt, doch müsste die Schweiz mit einer Übernahmequote von 4 Prozent rechnen, was zwar nur der Anzahl von 4500 Flüchtlingen für dieses Jahr entsprechen würde. Für die nächsten Jahre sind jedoch noch grössere Flüchtlingsströme zu erwarten, sodass wir, **gemäss dem fixen Prozentsatz gezwungen wären, eine ungewiss hohe Zahl an weiteren Flüchtlingen zu übernehmen.** Wir lassen uns weder einschüchtern noch erpressen!

**Soll die EU uns doch den Schengen/Dublin-Vertrag kündigen! So können wir selbst bestimmen, wie viele Asylbewerber wir einreisen lassen. Auch könnte uns die EU dann nicht mehr verbieten, unsere Landesgrenze zu kontrollieren.**



Die Schweiz hat insbesondere bereits aus Eritrea zahlreiche Flüchtlinge aufgenommen. Deshalb müssen nun unbedingt Grenzkontrollen eingeführt werden!

Bundesrätin Simonetta Sommaruga ist natürlich gerne bereit, der EU-Forderung nachzukommen. Einige EU-Staaten wie Ungarn, Polen, Tschechien und die Slowakei lehnen diese neue Regelung ab. **Ihnen wird nun mit Strafgehdern gedroht.**

### Personenfreizügigkeit ist heilig für EU

Der Europarat äusserte sich, dass falls die Schweiz die Masseneinwanderungsinitiative umsetze, ergäben sich negative Konsequenzen für die Beziehung EU-Schweiz. **Die Personenfreizügigkeit sei ein fundamentales Element und «heiliges Prinzip» der EU, über das nicht verhandelt werden kann.** Die Schweiz könne nicht die Personen-

freizügigkeit einschränken und gleichzeitig vom Güter- und Dienstleistungsverkehr profitieren. Die EU bleibt also stur und will unseren Volkswillen nicht akzeptieren! Begreift sie immer noch nicht, **dass uns unsere Demokratie und Selbstbestimmung heilig ist und nicht irgendwelche EU-Prinzipien?**

**Wenn die EU sich weiterhin so unnachgiebig zeigt, sollten wir die bilateralen Verträge kündigen. Wir lassen uns nicht durch Knebel-Verträge unserer demokratischen Rechte berauben!**

SD-Redaktion

**Am 28. November 2015 findet im Restaurant «Dietiker» in Suhr (siehe auch Veranstaltungshinweis auf Seite 5) die nächste schweizerische Mitgliederversammlung statt. Sämtliche SD-Mitglieder sind herzlich eingeladen. Die Parteileitung freut sich auf Sie.**